

und Ziel wies und damit die fortschrittliche, zukunftsweisende Linie der deutschen Politik verkörperte.

Von seiner illegalen Tagung am 7. Februar 1933, auf der Ernst Thälmann das letzte Mal vor dem Zentralkomitee der KPD sprach, richtete das ZK den dringenden Appell an die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, alle Formen des Massenwiderstandes gegen die noch nicht konsolidierte faschistische Diktatur zu entfalten. Am 30. Januar 1933 und in den folgenden Wochen wandte sich das ZK der KPD mehrmals an die Vorstände der SPD und des ADGB mit der Aufforderung, gemeinsam den Generalstreik zum Sturz der Hitlerregierung zu führen und so die schrecklichen Gefahren, die vom Faschismus drohten, von der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk abzuwenden. Bereits am 30. Januar und in zunehmendem Maße in den Februartagen kam es in Städten und Betrieben Deutschlands zu Arbeiterdemonstrationen, Streiks und, gegen den Willen der rechten Führung der SPD und der Gewerkschaften, zu gemeinsamen Kampffaktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die faschistische Diktatur.

Schon die ersten Wochen des Faschismus stellten die KPD und ihre Mitglieder vor die bisher schwerste Bewährungsprobe in ihrer Geschichte. Obwohl nach dem Reichstagsbrand viele tausend Kommunisten, darunter zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees, der Bezirks- und der Unterbezirksleitungen, eingekerkert worden waren, obwohl der Parteivorsitzende, Ernst Thälmann, den Nazihenkern in die Hände fiel, gelang es den Faschisten nicht, die KPD zu zerschlagen oder gar zu vernichten. Unter den Bedingungen des grausamen faschistischen Terrors und unter Überwindung vieler anderer Schwierigkeiten ging die Partei zur Illegalität über und setzte, getreu den Prinzipien, die sie seit ihrer Gründung befolgt hatte, ihren Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, für die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Nation mutig fort.

Ein Teil der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften dagegen versuchte, während schon viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter von den Hitlerbanden eingekerkert oder ermordet waren, sich dem faschistischen Staat „anzupassen“, um so ein Weiterbestehen ihrer Organisationen zu ermöglichen. Die rechten Führer des ADGB riefen sogar zur Beteiligung an den faschistischen Maidemonstrationen auf. Sie unterstützten damit die Zerschlagung der Gewerkschaften durch den Faschismus. Die dem Reichstag noch angehörenden sozialdemokratischen Abgeordneten gaben im Mai 1933 der Außenpolitik Hitlers ihre Zustimmung. Diese Kapitulation vor dem Faschismus hemmte den antifaschistischen Kampf und ermutigte die Faschisten nur